

# RASFF warnt künftig auch vor Betrug

Brüssel. Das Europäische Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) hat im vergangenen Jahr 8797 Warnmeldungen veröffentlicht. Aus Deutschland kamen 362 Meldungen (2011: 415), unter anderem über aus China importierte verseuchte Erdbeeren.

Zur Vorstellung des RASFF-Jahresberichts kündigte EU-Verbraucherkommissar Tonio Borg in Brüssel an, künftig werde über das System außer vor unsicheren Lebens- und Futtermitteln auch vor Lebensmittelbetrug gewarnt. Dies, so Borg, sei eine Lehre aus dem Pferdefleischskandal.

Die Zahl der RASFF-Meldungen verringerte sich 2012 gegenüber 2011 um 3,9 Prozent. Knapp die Hälfte betraf Produkte, die bereits an den EU-Grenzen zurückgewiesen wurden. 526 Warnmeldungen betrafen schwerwiegende Risiken, ein deutlicher Rückgang um 14 Prozent. Als Beispiel nennt die Kommission die Meldung der tschechischen Lebensmittelsicherheitsbehörde über das RASFF im September 2012 über schwerwiegende Fälle von Methanolvergiftungen und insgesamt 36 Todesfälle durch gepanschte Spirituosen. *lz 24-13*

# EU-Kommission für Sammelklagen

Brüssel. Am Dienstag hat die EU-Kommission Leitlinien dafür vorgestellt, wie künftig Verbraucher und kleinere Unternehmen mit Sammelklagen zu ihrem Recht kommen. Schadenersatzforderungen, etwa wegen Preisabsprachen oder falscher Anlageberatung, sollen damit leichter durchsetzbar werden.

Zwei Jahre gibt die Kommission den Mitgliedstaaten Zeit, um die zunächst unverbindlichen Empfehlungen umzusetzen. Nach weiteren zwei Jahren will sie die Ergebnisse überprüfen und „entscheiden, ob weitere Maßnahmen erforderlich sind“. Gemeint ist ein Gesetzgebungsverfahren, an dessen Ende eine Verordnung über die EU-weite Einführung von Kollektivklagen stehen könnte.

Damit nicht eine Klageindustrie wie in den USA entsteht, an der vor allem Rechtsanwälte verdienen, sollen keine erfolgsabhängigen Honorare gezahlt werden und von einem Erfolg nur Betroffene profitieren, die der Klage zuvor aktiv beigetreten sind. Einen Schadenersatzanspruch im Nachhinein, wie in den USA, soll es nicht geben. Der Handelsverband HDE lehnt eine EU-Regelung für Gruppenklagen von Verbrauchern ab. *lz 24-13*

# Regelkontrollen soll der Staat bezahlen

Berlin. In der von den Verbraucherschutzministern der Länder betriebenen Diskussion darüber, bestimmte Regelkontrollen von der Wirtschaft durch Gebühren bezahlen zu lassen, zeigt der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) klare Kante. „Wir lehnen die einseitige Abwälzung der Kosten für die Durchführung amtlicher Kontrollen in Lebens- und Futtermittelbetrieben ab“, stellte DRV-Präsident Manfred Nüssel Mitte der Woche in Berlin klar. Der Staat müsse seine hoheitliche Aufgabe der „Kontrolle der Kontrolle“ wahrnehmen und selbst finanzieren. Nüssel hält im Übrigen auch nichts davon, die staatlichen Kontrollen hierzu zu erweitern. Allerdings müsse man europaweit zu einem gleichen Regelungsniveau kommen. Der DRV fordert die Lebensmittelwirtschaft auf, sich auf einheitliche Kontrollstandards einzulassen. Auch die Bundesregierung...

# Aldis Vorstoß bringt alle in Zugzwang

Discounter entfacht neues Feuer in der Debatte um Herkunftskennzeichnung – Uni Göttingen mit Legislativvorschlag

Frankfurt. Aldi Süd schafft Fakten und verlangt seinen Lieferanten eine transparente Deklaration der Rohwarenerkennungen bei Fleischwaren ab. Mülheim bringt damit seine Wettbewerber in Zugzwang und stärkt der Politik den Rücken.

„Wo ein Wille, da ein Weg, auch beim vorbeugenden Verbraucherschutz“, so ein hochrangiger Regierungsbeamter in Berlin. Auch Brüssel dürfte hocherfreut sein, dass ein führender europäischer Händler beim umstrittenen Thema Herkunftskennzeichnung den Vorreiter gibt. Erst kürzlich hatte ein Sprecher von EU-Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg gegenüber der LZ deutlich gemacht, dass die Kommission es gerne sehe, wenn Händler hier das Heft in die Hand nehmen.

Das passiert jetzt: Deutschlands Discount Primus Aldi Süd will mit mehr Transparenz zur Rohwarenerkennung bei Fleischwaren und Verarbeitungsprodukten beim Verbraucher punkten. Neben dem MHD soll künftig auch stehen, in welchen Ländern und Regionen Tiere aufgezogen, gemästet, geschlachtet und verarbeitet wurden – chargengenau und über QR-Code nachvollziehbar. Weitergehende Informationen wie Schlacht- oder Zerlegedatum sollen zusätzlich der Datenbank des Händlers zur Verfügung gestellt werden.

Die Mülheimer setzen damit branchenweit einen neuen Standard, lange noch bevor die Politik über eine wie immer gestaltete Legislative entschieden hat. Aldi Süd bringt damit Lieferanten und Wettbewerber gleichermaßen in

The screenshot shows a website for 'Original Bayerische Rinder-Minutensteaks' by Lutz. It features a header with the Lutz logo and a navigation menu. The main content area is divided into sections: 'Informationen zum Produkt' (Product Information), 'Kontakt zu F-TRACE' (Contact), 'F-TRACE auf dem Smartphone' (F-TRACE on Smartphone), and 'Die F-TRACE Partner' (F-TRACE Partners). The 'Informationen zum Produkt' section lists the producer as 'A. Nüssel GmbH, Rudolf-Diesel-Str. 10, 96807 Buchloe, Bayern' and the slaughter date as '11.06.2013'. The 'Kontakt' section provides an email address and phone number. The 'Smartphone' section promotes the F-Trace app available on the App Store and Google Play. The 'Partners' section lists other F-Trace partners.

**Ein Anfang:** Der F-Trace-Standard ist so angelegt, dass er digitaler Identitätsausweis für jedes Endprodukt sein kann.

Zugzwang. Offiziell gilt es zunächst zu prüfen, wie ein möglichst weit gehender Identitätsausweis gehen könnte. „Wir prüfen die Umsetzung gerade mit unseren Fleischlieferanten“, heißt es von einem Lasagnehersteller. Es sei eine große Herausforderung für die Fleischbranche, insbesondere für klei-

nen Betriebe. Ein großer Fleischwarenhersteller sieht die Anforderung hingegen „als massiven Eingriff in den Rohwarenbezug“. Tönnies-Geschäftsführer Josef Tillmann sieht das Thema weniger aufgeregt: „Machbar ist heute alles, bis zu jedem Endprodukt.“ Letztlich sei es eine Preisfrage, wie tief und trennscharf der Abstammungsnachweis aussehe. Ohne Preisaufschlag, so ist unisono zu hören, werde die höhere Komplexität kaum zu bewältigen sein. Doch gehen Hersteller davon aus, dass Mülheim die Kennzeichnung schon Ende des Jahres ausrollen will. Exakt dann, wenn das Thema politisch entschieden wird. Denn in Brüssel liegt eine europaweit einheitliche Kennzeichnung für Fleisch, Fleischwaren sowie

gen auch von Bundesverbraucher-schutzministerin Ilse Aigner schon im September 2013 vorliegen: „Wir wollen das, aber die Kriterien müssen die richtigen sein“, heißt es aus dem BMELV.

Wie die Kennzeichnung aussehen soll, darauf muss die Politik sich erst noch festlegen und dies ist auch Gegenstand der mit Spannung erwarteten Machbarkeitsanalyse.

Als Vorzeichen auf die dort manifestierten Ergebnisse meldet sich jetzt der Göttinger Agrarökonom Achim Spiller zu Wort: „Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung ist möglich, sie darf preisbewussten Verbrauchern aber nicht zusätzliche Kosten aufbürden“, so seine Einschätzung, die er im Rahmen der deutschen Teilstudie für Brüssel gewonnen hat. Spiller empfiehlt in einer exklusiv der LZ vorliegenden Stellungnahme an das BMELV und die Länderministerien ein marktorientiertes Modell. Danach gibt es als Basiskennzeichnung „EU/nicht EU“ analog zu Honig oder Olivenöl, allerdings auf allen für die Verbraucher relevanten Produktionsstufen von der Aufzucht über die Mast bis hin zu Schlachtung und Verarbeitung. Wer seine Warenströme detaillierter kennt, könne diese offenlegen und damit gegenüber Handel und Verbrauchern brillieren, so Spiller. Seinen Vorschlag will er als sachlichen Beitrag in der teils überhitzten Debatte um Pferdefleisch verstanden wissen. Obligatorische Rückverfolgbarkeits- und Warentrennungspflichten seien für die Unternehmen nur mit einer längeren Übergangszeit zumutbar, heißt es. Und Betrügereien seien auch mit einem Herkunftslabel nicht auszuhebeln. *H. Krost/lz 24-13*

# „Die Daten sind ohnehin vorhanden“

**Prof. Spiller, Ihr Vorschlag einer Herkunftskennzeichnung entspricht dem hohen Verbraucheranspruch, aber ist sie denn wirklich kostenneutral umzusetzen?**

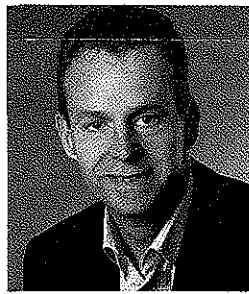
Die Daten sind in den Unternehmen vorhanden. Was soll es mehr kosten, diese auf die Verpackung zu bringen. Unser Vorschlag soll möglichst wenig kosten, doch werden natürlich einige Millionen Euro für das Marketing des Systems nötig sein, etwa analog zum deutschen Biosiegel Anfang der 2000er-Jahre. Wenn die Politik nicht bereit ist, dieses Geld in die Hand zu nehmen – die EU wie Deutschland – dann ist jeder Ansatz eines Herkunftslabels zum Scheitern verurteilt.

**Die Gretchenfrage ist doch: Was nutzt dieses Stückchen mehr Information?**

Unsere jüngste Forschung belegt, dass Verbraucher Regionalmarketingaussagen zu einem beachtlichen Teil erwarten. Wir präferieren deshalb ein grafisch und verbal klar erkennbares und dem Verbraucher intensiv kommuniziertes Kennzeichnungssystem. Politik und Wirtschaft neigen dazu, viele neue Kennzeichen einzuführen, die diese Basisvoraussetzungen nicht gewährleisten. Die Rindfleischetikettierung ist ein schlagendes Beispiel für viel Aufwand mit wenig Nutzen. Dieses aber bildet nicht Verbrauchervertrauen, sondern zerstört es.

**Wie mehrheitsfähig, glauben Sie, ist Ihr Vorschlag angesichts der emotionalen Diskussion um das Thema Fleisch und Herkunft?**

Wir plädieren für Transparenz und Ehrlichkeit in der Warenkennzeichnung. Was wir nicht für gerechtfertigt halten ist, dass Märkte allein auf die Anforderungen eines Teils der Kunden ausgerichtet sind. Es gibt auch in Deutschland Verbraucher, für die niedrige Lebensmittelpreise wichtig sind und die gleichzeitig – das ist empirisch belegbar – eben keine besonderen Herkunftspräferenzen haben. Uns ist es wichtig, mit dem Vorschlag Herkunftskennzeichnung und Lebensmittelsicherheit nicht zu



**Achim Spiller**, Professor für Agrarökonomie, Universität Göttingen

vermischen. Lebensmittelsicherheit ist eine Basisanforderung. Aber darauf zu setzen, dass via Herkunftskennzeichnung die Basis-Qualitätssicherung verbessert wird, wie es zum Teil in politischen Diskussionen vermischt wird, ist nicht sinnvoll, da weder wirklich zielführend noch preiswert.

**Inwieweit ist das Kennzeichnungssystem auf be-**

**stehende Rückverfolgungssysteme abgestellt?**

Unser Vorschlag ist mit beliebigen Rückverfolgbarkeitssystemen kompatibel. Damit eine staatliche Kontrolle der Kennzeichnung möglich ist, haben wir auf Gebietskörperschaften als Kennzeichnungseinheit abgehoben. Die bestehenden kooperativen Ansätze etwa im Rahmen von F-Trace sind bei diesem Thema ohne Zweifel sinnvoll. Der Marketingeffekt hängt ja nicht von der dahinter stehenden Technik ab, sondern von der Klarheit der Umsetzung. *hkr/lz 24-13*

**.net** Die komplette Stellungnahme von Prof. Spiller als PDF

lebensmittelzeitung.net/spiller

# Wunschbild vom mündigen Verbraucher

Bundesvereinigung der Ernährungsindustrie veröffentlicht ihre Wahlprüfsteine

Berlin. Die Deutsche Ernährungsindustrie drängt auf branchengerechte und verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Diese Kernforderung findet sich in den Anfang der Woche vorgelegten „Wahlprüfsteinen 2013“ der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE). „Die Ertragslage der Lebensmittelhersteller wird durch steigende Produktionskosten und Wettbewerbsdruck belastet“, bilanzierte Christoph Minhoff in Berlin. Sorgen bereitet auch die ausgeprägte Konzentration im Handel.

Ganz oben unter den zehn Kernforderungen an die künftige Bundesregierung rangiert die Stärkung des vom Europäischen Gerichtshof formulierten Leitbilds des „mündigen Verbrauchers“. Daneben treibt die Branche die Gewährleistung einer verlässlichen Energieversorgung ebenso um wie eine gesicherte Rohstoffversorgung. Das Auslands-geschäft soll gefördert werden. In den Giftschränken gehören aus BVE-Ansicht Steuererhöhungen für

angeblich ungesunde Lebensmittel. Wenn irgendjemand nur noch einmal die Woche Fleisch esse, dann doch bitte aus Überzeugung und nicht aus finanzieller Not, fordert Minhoff. Teurere Lebensmittel führten zu einer neuen Zweiklassen-Gesellschaft. Mit Blick auf die künftige Umweltpolitik will die BVE die privatwirtschaftlich ausgestaltete und wettbewerbsorientierte haushaltsnahe Wertstoffsammlung erhalten und optimieren. „Fracking“ soll in Wasserge-

## „Grupensuppe statt Fleisch – das ist eine soziale Frage“

Christoph Minhoff, BVE-Hauptgeschäftsführer

## BVE-Wahlprüfsteine

- Leitbild des mündigen Verbrauchers stärken.
- Verlässliche Energieversorgung.
- Sichere Rohstoffverfügbarkeit.
- Keine Steuererhöhungen bei Lebensmitteln.
- Auslandsgeschäft fördern.
- Kartellrechtliche Rahmenbedingungen verbessern.
- Privatwirtschaftliche organisierte haushaltsnahe Wertstoffsammlung sichern.
- Kein „Fracking“ in Wassergewinnungsgebieten.

Bier, Fleisch und teurem Parfüm. Zu dem Schluss ist eine norwegische Geruchsforscherin gekommen. In dem Duft der Landeshauptstadt stecke viel Tradition. Die Gerüche hat die Chemikerin in ihrem Labor in Berlin nachgemischt. Diese werden noch bis September in der Innenstadt versprüht. „SMELL(land)Mark Munich“ nennt sich die Geruchsinstallation.

## diesewoche

**Plus bei Umsatz und Absatz** Die Westfleisch wächst 2012 gegen den Branchentrend und gewinnt Marktanteile. → Seite 4



**Erfolg in vierter Generation** Die Metzgerei von Fritz Wied jun. in Erndtebrück besteht seit stolzen 125 Jahren. Heute punktet der Betrieb mit Full-Service-Catering, einem Onlineshop und umweltfreundlicher Kühltechnik. → Seite 8

**Moderner Alpen-Stil** Ein Aufenthalt in Österreich inspirierte Frank Winter und Andreas Kettner zur neuen Einrichtung ihrer Fleischerei in Schorndorf. → Seiten 14 und 15

Laurenz vorber zog. Bei dem größten Firmenaufruf wert werden es allerdings erst in zweiter Linie um Sport. Im Vordergrund stehen die Werte Teamgeist, Kommunikation, Kollegialität, Fairness und Gesundheit. Foto: Silke Duda · afz 25/2013

# Herkunft bietet viele Spielarten

Verpflichtende Kennzeichnung auf allen Produktionsstufen machbar

■ **Göttingen** Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Fleisch ist möglich, sie darf aber weder der Wirtschaft noch den Verbrauchern zusätzliche Kosten aufbürden. Unter dieser Prämisse zeigt der Göttinger Agrarökonom Achim Spiller in einer Stellungnahme an das Bundesernährungsministerium und die Länderministerien verschiedene Kennzeichnungsoptionen für Schweinefleisch auf.

Seine Empfehlungen fußen auf der EU-Lebensmittelinformationsverordnung 1169/2011. Sie sieht eine verpflichtende Angabe des Ursprungslands oder des Herkunftsorts für unverarbeitetes Schweine-, Geflügel- und Schaf- sowie Ziegenfleisch ab Dezember 2014 vor. Spiller plädiert in seinem marktorientierten Modell dafür, Mischungen verschiedener Herkünfte und eine Deklaration der unbekanntenen Herkunft zu erlauben. Das ermög-

liche den Unternehmen, ohne Warentrennung zu arbeiten.

Danach gibt es als Basiskennzeichnung „EU/nicht EU“ für alle wesentlichen Produktionsschritte, von der Ferkelgeburt, über die Mast bis zur Schlachtung und Zerlegung. Wer seine Warenströme detaillierter kennt, kann dies offenlegen. Die alleinige Kennzeichnung der letzten Produktionsstufe genügt Spillers Auffassung nach nicht der Verbraucherinformation.

## kommentar

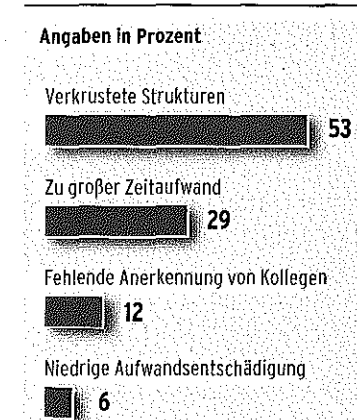
Seite 3

Eine obligatorische Rückverfolgbarkeits- und Warentrennungsverpflichtung von der Stufe der Schlachtung bis zur Jungtierproduktion ist dem Gutachten zufolge nur bei einer längeren Übergangszeit eine zumutbare Anforderung innerhalb eines modernen Qualitätssicherungssystems und keine primäre Aufgabe der Verbraucherinformation. red · afz 25/2013

bekräftigte ein Sprecher des Bundesernährungsministeriums im Vorfeld der Gespräche über ein Freihandelsabkommen der EU mit den Vereinigten Staaten. In der amerikanischen Tierhaltung würden zudem Wachstumsförderer eingesetzt, die in der EU verboten seien. Die EU-Kommission habe bereits klargestellt, dass die EU-Verbote bei einem Abkommen Bestand hätten. red · afz 25/2013

## lesermeinung

Was macht das Ehrenamt unattraktiv?



EFA Grafik · 25/2013

Quelle: Frage der Woche unter fleischwirtschaft.de

Empfohlen vom Deutschen Fleischer-Verband

www.zentrag.de

3/1 #6666Z#

## Herkunftskennzeichnung Fleischetikett ersetzt kein Qualitätskonzept

von Renate Kühliche

Der Handel überholt einmal mehr die Gesetzgebung von rechts. Während aus Göttingen gerade erst ein Gutachten zur Umsetzung der geplanten Herkunftskennzeichnung für Frischfleisch vorgelegt wurde, hat Aldi Süd bereits seine Vorstellungen für seine Lieferanten formuliert: Neben dem MHD soll künftig auch aufs Fleischetikett, in welchen Ländern und Regionen Tiere aufgezogen, gemästet, geschlachtet und verarbeitet wurden – chargengenau und über QR-Code nachvollziehbar. Weitergehende Informationen wie Schlacht- oder Zerlegedatum sollen der Datenbank des Discounters zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Im Idealfall könnte das Ende dieses Jahres Praxis bis ins Fertigerichtesegment von Aldi Süd sein; politisch ist bis dahin bestenfalls mit nationalen Umsetzungsgedanken zu rechnen.

Das Thema Herkunftskennzeichnung gerät damit mächtig unter Zeitdruck. Wünschenswert wäre, dass die aktuelle Stellungnahme, die die Autoren unabhängig von der für September angekündigten EU-Machbarkeitsstudie verstanden wissen wollen, bei der Politik die ihr zustehende Aufmerksamkeit findet.

Das Gutachten rät eindringlich, den bürokratischen Aufwand überschaubar zu halten und erinnert als abschreckendes Beispiel an die Rindfleisch-Etikettierungsverordnung. Auch hat der EU-Gesetzgeber die Herkunftskennzeichnung nicht als Qualitäts- oder Rückverfolgbarkeitskonzept angelegt. Dass die Pflicht zur Herkunftsangabe nicht als Schutz vor Falschetikettierung taugt, sondern leicht als Regulierungsinstrument der Rohwarenbeschaffung missbraucht werden kann, liegt auf der Hand. afz 25/2013 → Seite 1

afz  
Fü  
in

Dr. W  
Anfan

Die  
sichtl  
merp  
Fleisc  
gerad  
bei s  
Sprac  
passt  
Dr. Wol  
das he  
dukte,  
größte  
der Er  
sem H  
dass ei  
che d  
Dach  
Es gab  
Übrige  
andere  
vorstan  
verbän  
Die BV  
schafts  
auf bra  
men ei  
Sie wird  
rer Bran  
Verbra